

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Cotta (AfD)

und

Antwort

der Thüringer Staatskanzlei

Rundfunkbeitrag in Thüringen: Mahnverfahren, Zwangsmaßnahmen und Erzwingungshaft gegen säumige Gebührenzahler

Die Erhebung des Rundfunkbeitrags als Finanzierungsinstrument für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist seit jeher ein umstrittenes Thema. Vor allem die Tatsache, dass der Beitrag unabhängig von der tatsächlichen Nutzung der öffentlich-rechtlichen Angebote erhoben wird, stößt bei vielen Bürgern auf Kritik. Zudem wird oft kritisiert, dass die Beitragserhebung nicht transparent genug sei und es häufig zu Ungerechtigkeiten komme.

Die **Thüringer Staatskanzlei** hat die **Kleine Anfrage 7/4735** vom 3. April 2023 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 5. Juni 2023 beantwortet:

Zur Beantwortung der Kleinen Anfrage 4735 des Abgeordneten Cotta (AfD) hat die Landesregierung den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) um Stellungnahme gebeten. Unter Zugrundelegung dieser Stellungnahme beantworte ich die oben genannte Kleine Anfrage des Abgeordneten Cotta (AfD) für die Landesregierung wie folgt:

1. Wie viele Mahnverfahren gegen Zahlungsverweigerer des Rundfunkbeitrags wurden nach Kenntnis der Landesregierung jährlich in Thüringen durchgeführt (bitte Entwicklung seit dem Jahr 2018 aufgeschlüsselt nach Jahr, Alter, Geschlecht und Wohnort angeben)?

Antwort:

Die Mahnverfahren werden vom Zentralen Beitragsservice (ZBS), einer Gemeinschaftseinrichtung von ARD, ZDF und Deutschlandradio durchgeführt.

Der MDR hat die folgenden Informationen zur Verfügung gestellt:

Beitragskonten mit Mahnstatus zum Stichtag

- Thüringen -

- ALLE Mahnstufen-

Stichtag	Privat	Nicht privat	Pri-	Summe
31.12.2018	96.691	5.414		102.105
31.12.2019	92.360	5.198		97.558
31.12.2020	87.207	4.922		92.129
31.12.2021	80.693	4.472		85.165
31.12.2022	85.073	4.899		89.972

Darüber hinaus gehende Angaben liegen der Landesregierung nicht vor.

2. Wie viele Zwangsmaßnahmen wurden in Thüringen nach Kenntnis der Landesregierung gegen säumige Gebührenzahler ergriffen und welche Art von Zwangsmaßnahmen waren dies (bitte Entwicklung seit dem Jahr 2018 aufgeschlüsselt nach Jahr, Alter, Geschlecht und Wohnort angeben)?

Antwort:

Dazu liegen der Landesregierung keine Angaben vor. Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

3. Wie viele säumige Gebührenzahler wurden nach Kenntnis der Landesregierung in Thüringen in Erzwingungshaft genommen und wie lange dauerte die Haft jeweils (bitte Entwicklung der letzten zehn Jahre aufgeschlüsselt nach Jahr, Alter, Geschlecht und Wohnort angeben)?

Antwort:

Dazu liegen der Landesregierung keine Zahlen vor.

Prof. Dr. Hoff
Minister